

Landtag aktuell

1. Oktober 2009

Sitzung des NÖ Landtages

Der Landtag von Niederösterreich trat heute um 13 Uhr unter dem Vorsitz von Präsident Ing. Hans Penz zu einer Sitzung zusammen.

Zu Beginn der Sitzung wurde Christa Vladyka (SP) in Nachfolge von Karin Kadenbach als Landtagsabgeordnete angelobt. Weiters wurde Adelheid Ebner als Mitglied des Bundesrates bestimmt und Renate Seitner als Ersatzmitglied.

Es wurde eine Aktuelle Stunde zum Thema „**Regionale Politik versus Zentrale Politik im Bildungsbereich**“ abgehalten.

Abgeordneter Karl B a d e r (VP) sagte, unsere Kinder seien unsere Zukunft und müssten daher eine bestmögliche Ausbildung genießen. Die Organisationsstruktur beim Bildungswesen solle aber vor Ort erfolgen, um einen besseren regionalen Bezug herzustellen. Die Bundesländer könnten besser auf regionale Bedürfnisse und Probleme eingehen als der Bund. Die in den letzten Monaten erarbeiteten Expertenpapiere würden sich nur auf die Bundeshauptstadt Wien beschränken und seien daher nicht auf Niederösterreich übertragbar. Zudem habe Wien die Hauptschulen in den letzten Jahren verkommen lassen. In Niederösterreich würden nach wie vor 70 Prozent aller Schüler in die Hauptschule gehen, die vom Land erhalten wird. In Wien besuchen hingegen weit über 50 Prozent die AHS, die vom Bund erhalten wird. Die unterschiedlichen Kosten für die Schulerhaltung zwischen Wien und Niederösterreich müssen in Zukunft angeglichen

werden. Wichtig sei auch, die vielen kleinen Schulstandorte im ländlichen Raum zu erhalten.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) erklärte, die Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen sei wichtig und dürfe nicht durch Experimente gefährdet werden. Vor allem bei den Bezirks- und Landesschulräten sei ein großes Einsparungspotenzial vorhanden. Bei den Lehrer- und Schuldirektoren-Bestellungen seien sowohl Fachwissen als auch Managementkompetenz gefragt. Auch der Zustand der Landesberufsschulen habe sich in den letzten Jahren verschlechtert. Mittlerweile würden über ein Fünftel aller Kinder einen Migrationshintergrund haben. Daher sei ein verpflichtendes Vorschuljahr für Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache notwendig.

Klubobmann Helmut C e r w e n k a (SP) verlangte „ein Ende der Blockadepolitik auf dem Rücken der Schüler“. Es seien Reformen im Schulwesen notwendig, die alle Schulen in allen Bundesländern betreffen. Unterschiedliche Schulsysteme in jedem Bundesland seien nicht möglich, da Österreich für so ein Experiment viel zu klein sei. Zudem könne der Zentralismus auch positive Seiten haben, wie man bei Schulsanierungen oder bei der Einführung der neuen Mittelschule sehen könne. Das „Killer-Argument“ großer zentraler Schulen und dem Zusperrern kleiner Standorte sei „reine Panik- und Angstmache“. Ziel müsse sein, die Bildungsregionen zu stärken und hier alles unter ein Dach zu bringen. Die SP wolle beste Chancen für die Kinder, zufriedene Eltern und ein qualitativ hochwertiges Bildungssystem.

Abgeordnete Erika A d e n s a m e r (VP) stellte die Frage: „Wo bleiben die Lehrer?“ und kritisierte die geringschätzig Haltung der Gesellschaft und der Bundespolitik gegenüber den PädagogInnen. Die SP solle aufhören, die Lehrer als „Watschenmänner“ und „-frauen“ zu betrachten. Die Lehrer verdienten höchsten Respekt und beste Rahmenbedingungen. Niederösterreich zeige hier vor, wie es gehe. Die Schulverwaltung zu

zentralisieren, sei „der Tod der Kleinschulen“. Eine erfolgreiche Bildungsreform brauche regionale Strukturen.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) meinte, die VP trage Mitschuld am schlechten Image der LehrerInnen. Zum Begriff Zentralismus komme immer ein reflexartiges Nein aus Niederösterreich. Alle Modelle der gemeinsamen Schule seien europaweit jahrzehntelang erprobt. Das NÖ Schulverwaltungssystem sei auf Proporz aufgebaut. Die Personalhoheit solle direkt an die Schulen wandern.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sagte, der von der VP beklagte „Trümmerhaufen“ in der Bildungspolitik gehe auf Ministerin Gehrler zurück. Die Frage sei nicht nur „zentral oder nur regional“, der ländliche Raum dürfe aber keineswegs auf der Strecke bleiben. Er sei ein absoluter Gegner der Gesamtschule. Für Türkischkurse dürfe kein Steuergeld aufgewendet werden, die Lehrerfortbildung solle in den Ferien erfolgen.

Abgeordneter Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) betonte, es gehe nicht um Zentralismus versus Regionalismus, man brauche beides. Es gebe Fragen, die besser regional, und solche, die besser zentral gelöst werden. Im Zentrum der Ausbildung habe das Wohl der Kinder zu stehen. Eine Bildungsreform sei nötig, aber nur mit der Frage nach Zentralismus bzw. Regionalität nicht zu lösen. Neun verschiedene Bildungssysteme in Österreich könnten nicht der Weisheit letzter Schluss sein. Was man brauche, sei ein einheitliches Dienstrecht auf der einen und eine einheitliche Besoldung der PädagogInnen auf der anderen Seite. Wiener Fragen bzw. Probleme könnten nicht mit denen in Niederösterreich verglichen werden. Man brauche mehr regionale Autonomie, um besser auf lokale Fragen eingehen zu können. In niederösterreichischen Ballungsräumen dagegen sei die Situation durchaus mit Wien vergleichbar.

Abgeordneter Ing. Hermann H a l l e r (VP) bezeichnete Bildung als Grundbedürfnis des Menschen, das auch großen Einfluss auf die Entwicklung einer Region sowie auf die Raumnutzung habe. Derzeit seien die Chancen ungleich verteilt, Vieles sei zentral nicht

lösbar. Die anstehende Verwaltungsreform dürfe, so Haller, nicht zu Lasten des Föderalismus gehen; es müsse eine Balance zwischen regionaler und zentraler Verwaltung geben.

Landesrat Mag. Johann Heuras (VP) hielt fest, dass die Bildung derzeit „keinen besonders guten Ruf“ habe und man ihr daher einen anderen Stellenwert geben müsse. Grund dafür sei, dass man Parallelstrukturen aufgebaut habe und es keine klaren Kompetenzen gebe. Daher komme nicht jeder Euro bei den Schülerinnen und Schülern an. Auf Grund der Tatsache, dass das System nicht funktioniere, müsse die Überlegung angestellt werden, ob eine andere als die jetzige Struktur nicht effizienter wäre. So sollten im Bildungsbereich mehr Kompetenzen in einer Hand sein. Auf der Basis dessen, dass Bildungspolitik auch Regionalpolitik sei, schlug Heuras vor, eventuell auch die Lehrerfortbildung zu regionalisieren. Hinsichtlich der Schulautonomie betonte er, dass diese gebraucht werde, dass es aber auch regionale Koordinationsplattformen wie die Bildungsregionen geben müsse. Die Verhältnisse von Wien könnten nicht ständig als Maßstab für ganz Österreich herangezogen werden. Auf Grund der Tatsache, dass die Kinder oftmals in der „falschen“ Schule sitzen, meinte Heuras, dass künftig Weichenstellungen besser vorgenommen werden müssten und mehr Beratung zu erfolgen habe.

Es folgte eine Aktuelle Stunde zum Thema „**Weiterer dramatischer Anstieg der Kriminalität in Niederösterreich**“.

Abgeordneter Erich Königsberger (FP) betonte, dass in Niederösterreich die Unsicherheit ansteige und seit den Grenzöffnungen „Horrorzahlen“ registriert würden. Alle sechs Minuten geschehe in Niederösterreich eine Straftat, pro Tag würden durchschnittlich vier Kraftfahrzeuge gestohlen. Seine Fraktion fordere daher die Wiederaufnahme der Grenzsicherung. Überdies meinte er, dass es in Niederösterreich eine Steigerung der Gewaltbereitschaft gebe und die Bevölkerung Angst habe, Verbrechensopfer zu werden. In den Städten komme es immer mehr zu Ghettobildungen; aktuelles Beispiel

sei Krems. In diesen Fällen sei eine Erhöhung der Polizeistreifen angezeigt. Die SOKO Ost habe keine Erhöhung der Sicherheit gebracht, so müsse es keine Verlängerung dieser Kommission geben.

Abgeordneter Hermann F i n d e i s (SP) stimmte seinem Vorredner dahingehend zu, dass die Zahlen tatsächlich eine „erschreckende Sprache“ sprechen. Allerdings sei er der Meinung, dass der Kriminalität von früheren schwarz-blau-orangen Regierungen Tür und Tor geöffnet worden sei. In der Vergangenheit seien Tauchende Planposten gestrichen und die Sicherheit der österreichischen Bevölkerung aufs Spiel gesetzt worden. Er sagte, die Exekutive leiste hervorragende Arbeit für Niederösterreich. Auf Grund der gestiegenen Kriminalität sei es notwendig, mindestens 500 neue Polizisten in Niederösterreich einzusetzen.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) kritisierte die Polizeireform als „die größte Umfärbeaktion, die es jemals in Österreich gegeben“ habe. Um die Kriminalität in Niederösterreich zu reduzieren und die Bevölkerung zu schützen, sei die Wiedereinführung der Grenzkontrollen notwendig. Immerhin seien die Einbrüche bei den Einfamilienhäusern in den letzten Monaten um über 40 Prozent gestiegen.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) betonte, das Gefühl der Angst dürfe in der Bevölkerung nicht weiter gesteigert werden. Die steigende Kriminalität könne man nicht mit der Wiedereinführung der Grenzkontrollen stoppen. Das Auseinanderdividieren der Bevölkerung in Fremde und Andere müsse gestoppt werden. Gleichzeitig sei es aber notwendig, die Ausstattung der Polizeibeamten zu verbessern. Leider gebe es zu viele Kriminelle bei In- und Ausländern. Das aktuelle Fremdenrechtspaket sei für die Wirtschaft schädlich und würde das Leben vieler Gastarbeiter erschweren. Daher müsse das Fremdenrechtspaket novelliert und um ein modernes Migrationsstatut mit einem Punktesystem ergänzt werden.

Abgeordneter Mag. Gerhard K a r n e r (VP) betonte, Sicherheit und Asyl gehörten zusammen. Die Exekutive sei in einer schwierigen Situation, da sich die Kriminalität in den letzten Jahren stark verändert habe, wie auch die tragischen Vorkommnisse in Krems zeigten. Um die Kriminalität effektiv zu bekämpfen, sei die Fortsetzung des Bundesheereinsatzes an der Außengrenze notwendig. Positiv seien auch die Eröffnung des Landeskriminalamtes in Mödling, das neue digitale Funknetz, die Antikorruptionsakademie in Laxenburg oder die Entlastung der Exekutive bei der Verwaltung durch den Einsatz von Beamten aus Post und Telekom. Auch die SOKO Ost sei in den letzten Monaten sehr erfolgreich tätig gewesen und habe insgesamt 93 Verbrecher auf frischer Tat ertappt.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) meinte, die heutige Aktuelle Stunde zeige, welche Partei Lösungen suche und welche Gruppe „eine gescheiterte Sicherheitspolitik“ gutrede. Faktum sei, dass die Kriminalität laufend steige und die Verbrechen vor allem von Personen mit Migrationshintergrund bzw. von Ostbanden begangen würden. Daher sei es notwendig, die Verbrecher schon an den Grenzen zu stoppen und den Schengenvertrag damit außer Kraft zu setzen. Das Bundesheer solle seinen Assistenzeinsatz nur im Zusammenhang mit den wieder durchgeführten Grenzkontrollen aufnehmen.

Abgeordnete Christa V l a d y k a (SP) zitierte „Ohne Sicherheit keine Freiheit“. Sicherheit und Freiheit der Menschen müssten auch in Zukunft gewährleistet sein. Die Menschen fühlten sich noch immer nicht sicher genug. Beinahe täglich würden in Niederösterreich Überfälle und Einbrüche gemeldet, die Polizei klage über chronischen Personalmangel. Spezialisierte Sondereinheiten seien sinnvoll, es gebe aber immer noch ein Minus von 2.000 Beamten.

Abgeordneter Hans Stefan H i n t n e r (VP) meinte, die EU sei als Friedensgemeinschaft gegründet worden. Das bedeute den Abbau von Grenzen – auch im Kopf. Die Kriminalitätsentwicklung sei alles andere als erfreulich, Schlechttreden und Dramatisieren bringe aber keine Lösung, sondern trage zur Verunsicherung bei. Österreich gehöre zu

den sichersten Staaten der Welt, Niederösterreich zu den drei sichersten Bundesländern. Zum Schulterschluss von Polizei und Politik gehöre eine effiziente Verteilung bzw. Bündelung der Exekutive, ein gerechtes Gehaltsschema und Null-Toleranz gegenüber organisierter Kriminalität und Asylmissbrauch.

Abgeordneter Emmerich **W e i d e r b a u e r** (G) meldete sich zu einer tatsächlichen Berichtigung: Die Grünen hätten niemals Scheinehen unterstützt.

Abgeordnete Mag. Karin **R e n n e r** (SP) erinnerte in einer kurzen Wortmeldung „an die Umfärbung der Polizei unter Minister Strasser“.

Die beiden folgenden Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **NÖ Landesberufsschulen, Bauprogramm und technische Qualifikationsmaßnahmen** (Berichterstatter: Abgeordneter Helmut **D o p p l e r**, (VP)
- **Landwirtschaftliche Berufs- und Fachschulen, Bau- und Investitionsprogramm 2009-2014** (Berichterstatter: Abgeordneter Ing. Manfred **S c h u l z**, VP)

Abgeordneter Herbert **T h u m p s e r** (SP) eröffnete die Debatte mit dem Hinweis, das Ausbauprogramm sei – „besser spät als gar nicht“ – eine gewaltige Investition. Man müsse aber auch in Zukunft für Nachschub sorgen. Die Situation der Lehrlinge in Niederösterreich sei „alles andere als rosig“. Flächendeckende überbetriebliche Lehrwerkstätten seien das Gebot der Stunde.

Abgeordneter Jürgen **M a i e r** (VP) befasste sich ebenfalls mit den Landesberufsschulen. In den letzten Jahren seien hier 50 Millionen Euro investiert worden. Damit liege Niederösterreich österreichweit an der Spitze. Die zusätzlichen 60 Millionen Euro seien ein weiteres Bekenntnis zum dualen Ausbildungssystem und ein konjunkturbelebendes Element.

Abgeordneter Emmerich **W e i d e r b a u e r** (G) betonte, moderne Schulgebäude und beste Ausstattung seien für die SchülerInnen gerade gut genug. Für die Schülerheime

komme der Wohlfühlfaktor dazu. Die Berufsschulen seien prädestinierte Plätze, Jugendliche, die keine Lehrstelle gefunden hätten, aufzunehmen.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) meinte, dass sowohl die Bundes- als auch die Landesregierung die Lehrlingsausbildung verstärkt fördern müsse und eine Lehrlingsoffensive ein Gebot der Stunde sei.

Abgeordneter Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) ging kurz auf seinen Vorredner ein und betonte, dass es richtig sei, dass man gute Rahmenbedingungen brauche, um gute Leistungen zu erzielen und die Motivation zu erhöhen; die Politik orientiere sich sehr wohl an den Interessen der Menschen. Weiters ging Leichtfried auf das Bau- und Investitionsprogramm für die Landwirtschaftlichen Fachschulen (LFS) ein und meinte, dass das Geld hier gut angelegt sei. In den ländlichen Regionen gebe es steigende Schülerzahlen und es würden an den LFS ambitionierte Bildungsinhalte vermittelt. Daher müsse weiter in die Infrastruktur investiert werden, seine Fraktion werde zustimmen.

Abgeordneter Anton K a s s e r (VP) brachte seine Freude über diese Investitionen zum Ausdruck. Die Landwirtschaft sei derzeit in keiner glücklichen Lage, doch an den LFS gebe es einen Aufwärtstrend. Viele Jugendliche würden noch an die Landwirtschaft bzw. an den Beruf des Landwirtes glauben. Auch viele Kinder, die nicht aus dem landwirtschaftlichen Bereich stammen, würden diese Schulen besuchen, weil dort auch Werte und Traditionen vermittelt würden. Dieser Investitionsschub sei auch ein Innovationsschub.

Beide Anträge wurden einstimmig angenommen.

Abgeordneter Ing. Manfred S c h u l z (VP) berichtete zum Antrag betreffend Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über die **Helmpflicht beim Wintersport** und zum Antrag mit Gesetzentwürfen gemäß § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Mag. Renner u. a. betreffend **Änderung des NÖ Sportgesetzes**.

Abgeordneter Emmerich **W e i d e r b a u e r** (G) meinte, seit Jahren würden sich ExpertInnen mit diesem Problem beschäftigen und unisono der Meinung sein, dass es keine Verpflichtung zum Tragen eines Fahrradhelmes geben solle. Es brauche in diesem Zusammenhang kein Gesetz, sondern vermehrt bewusstseinsbildende Maßnahmen. Die Gefahr gehe viel eher von den motorisierten Fahrzeugen aus, weshalb das Land in diesem Bereich Anstrengungen unternehmen und ausreichend Radwege etc. bieten solle. Mit einem Gesetz erreiche man hingegen nur, dass Versicherungen im Schadensfall nicht bezahlen. Man betreibe hier Symptom- anstatt Ursachenbekämpfung.

Klubobmann Gottfried **W a l d h ä u s l** (FP) warf der VP vor, „zu reagieren anstatt zu agieren“. Man gehe hier in die falsche Richtung; Helme seien zu befürworten, eine Helmpflicht allerdings nicht. Auch er gab zu bedenken, dass mit Regressforderungen zu rechnen sei und man die Eltern durch dieses Gesetz verunsichere.

Abgeordneter Rupert **D w o r a k** (SP) meinte, dass die Bilanz tödlicher Radunfälle und schwerer Kopfverletzungen dramatisch sei und die Fahrradhelmpflicht nach der Schihelmpflicht der logische Schritt sei. Es gehe darum, Schutz zu bieten und mit dem vorliegenden Gesetz würden die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen. Eine Änderung der Straßenverkehrsordnung müsse folgen. Er brachte einen **Resolutionsantrag** betreffend Maßnahmen zur verstärkten Motivation zum Fahrradfahren ein.

Abgeordneter Mag. Lukas **M a n d l** (VP) sagte, Niederösterreich habe bei der Einführung der Radhelmpflicht eine Vorreiterrolle in ganz Österreich übernommen. Kluge Köpfe würden einen Helm tragen, womit sich diese nicht nur schützen, sondern auch ihre Verantwortung in vollem Umfang wahrnehmen. Dabei wolle man nicht strafen, sondern an das Verantwortungsgefühl appellieren. Die Köpfe der Kinder seien auch das Zukunftskapital des Landes. Niederösterreich wolle ein Radland bleiben, daher sollen für das Radfahren auch besondere Rahmenbedingungen gelten.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) erklärte, dass ihre Fraktion dem Resolutionsantrag des Abgeordneten Dworak betreffend Maßnahmen zur verstärkten Motivation zum Fahrradfahren keine Zustimmung geben werde. Viel wichtiger sei es, in den urbanen Zentren Raum für Radwege zu schaffen. Zudem sei es wichtig, im Bereich der Kinderpolitik Maßnahmen gegen Gewalt und für mehr Chancen zu setzen, damit in Zukunft Vorkommnisse wie in Krems verhindert werden.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Der Resolutionsantrag (verstärkte Motivation zum Fahrradfahren) wurde abgelehnt.

Abgeordneter DI Willibald E i g n e r (VP) referierte zum **NÖ Sozialbericht 2008**.

Abgeordnete Amrita E n z i n g e r (G) kritisierte den NÖ Sozialbericht als „vertane Chance“. Es würden wichtige Themen und Perspektiven für die Zukunft fehlen. In Niederösterreich würden immer mehr Menschen an der Armutsgrenze leben. Die vielen in den letzten Monaten eröffneten SOMA-Märkte seien ein Armutszeichen für das Land. Zudem spiegle sich in dem Bericht nicht die Wertschätzung wider, die Menschen, die im Sozialbereich arbeiten, zusteht. Die Lebenserwartung werde immer höher, wodurch es bei der Altersversorgung in den nächsten Jahren zu Problemen kommen könne.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) meinte, die Verantwortung für soziale Leistungen im Bereich der Pflege alter Menschen müsse noch mehr in den Familien erfolgen. Gleichzeitig sei aber eine stärkere gesellschaftliche Unterstützung für die Betroffenen notwendig. Wichtig sei auch, die Betreuung alter Menschen in den eigenen vier Wänden zu unterstützen. Weiters kritisierte er die verfehlte Beschäftigungspolitik, den Missbrauch der e-card sowie die Aufnahme von Flüchtlingen in Österreich aus den EU-Ländern Bulgarien und Rumänien.

Abgeordnete Christa V l a d y k a (SP) erklärte, es komme bei der Sozialpolitik darauf an, auf die Zukunft vorbereitet zu sein. Die Politik müsse die richtigen Rahmenbedingungen schaffen und die Bedürfnisse der Bevölkerung erkennen. Die Armut sei in Niederös-

terreich in den letzten Jahren gestiegen. Mittlerweile seien über 12 Prozent der Bevölkerung armutsgefährdet. Betroffen davon seien vor allem Bauern, Pensionisten, Alleinerzieherinnen, Arbeitslose und Migranten. Armut habe negative Folgen für die betroffenen Kinder und mache die soziale Teilnahme und gesellschaftliche Integration unmöglich. Die Sozialpolitik müsse Gesundheitspolitik, Altenpflege, die Betreuung von kranken Menschen sowie die Pflege von Menschen mit Behinderung umfassen. Ein **Resolutionsantrag** gemeinsam mit der Abgeordneten Enzinger fordert die Erstellung eines jährlichen Armutsberichtes.

Abgeordneter Anton **E r b e r** (VP) sagte, der Sozialbericht sei „sehr gut“. Noch umfangreicher freilich sei jener Sozialbericht, der sich Landesbudget nenne. Zwei Drittel der Sozialhilfe gingen an Pensionisten und damit an wirklich bedürftige Menschen. Niederösterreich sei jenes Bundesland, das den Heizkostenzuschuss erfunden habe. Niederösterreich sei nicht das Armenhaus, sondern der Vorreiter in Österreich, auch bei der 24-Stunden-Betreuung. Erklärtes Ziel sei es, alle Möglichkeiten für die Betreuung älterer Menschen in den eigenen vier Wänden auszuschöpfen. Das Budget für Menschen mit besonderen Bedürfnissen sei seit den neunziger Jahren um das 15-fache gestiegen.

Der Sozialbericht wurde mit VP-SP-FP-Mehrheit zur Kenntnis genommen, der Resolutionsantrag blieb in der Minderheit.

Die folgenden Anträge wurden bei getrennter Berichterstattung (jeweils Abgeordneter Hermann **H a u e r**, VP) und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Änderung des NÖ Gleichbehandlungsgesetzes**
- **Änderung des NÖ Landes-Bedienstetengesetzes (NÖ LGB)**
- **Änderung des NÖ Landeslehrer-Diensthoheitsgesetzes 1976**
- **Änderung des NÖ Land- und forstwirtschaftlichen Landeslehrer-Diensthoheitsgesetzes**

- Änderung des NÖ Bediensteten-Schutzgesetzes 1998 (1. NÖ BSG 1998-Novelle 2009)
- Änderung des NÖ Antidiskriminierungsgesetzes (NÖ ADG)
- Änderung der NÖ Gemeindebeamtendienstordnung 1976 (GBDO-Novelle 2009)
- Änderung des NÖ Feuerwehrgesetzes (NÖ FG)
- Änderung des NÖ Katastrophenhilfegesetzes (NÖ KHG)
- Änderung des NÖ Kulturpflanzenschutzgesetzes 1978
- Änderung des NÖ Bienenzuchtgesetzes
- Änderung des NÖ Grundverkehrsgesetzes 2007 (NÖ GVG 2007).
- Änderung des NÖ Umweltschutzgesetzes 1984.
- Änderung des NÖ Krankenanstaltengesetzes 1974.
- Änderung des NÖ Jugendwohlfahrtsgesetzes 1991 (NÖ JWG 1991).

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) eröffnete die Debatte: Der vermeintlich rein rechtstechnische Akt könne auch gravierende, inhaltliche Änderungen zur Folge haben. Auch mit 15a-Vereinbarungen handle man sich Fußangeln ein. Die Einrichtung weisungsfreier Behörden könne unter dem Druck der Ereignisse zu gewaltigen Problemen führen.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) stellte einen **Antrag** auf getrennte Abstimmung zweier, die Jugendwohlfahrt und das Antidiskriminierungsgesetz betreffende Punkte.

Abgeordneter Otto K e r n s t o c k (SP) meinte, es gehe darum, dass einzelne Organisationen weisungsfrei gestellt werden. Den noch folgenden Resolutionsantrag des Abgeordneten Doppler werde die SP mittragen.

Abgeordneter Helmut D o p p l e r (VP) brachte gemeinsam mit den Abgeordneten Kernstock und Dr. Petrovic einen **Resolutionsantrag** betreffend Neufassung des NÖ Antidiskriminierungsgesetzes ein.

Die Änderung des NÖ Jugendwohlfahrtsgesetzes 1991 (NÖ JWG 1991) und die Änderung des NÖ Antidiskriminierungsgesetzes (NÖ ADG) wurden mit den Stimmen der SP und der VP angenommen. Der Resolutionsantrag der Abgeordneten Doppler, Kernstock, Petrovic (Antidiskriminierungsgesetz) wurde einstimmig angenommen. Alle übrigen Tagesordnungspunkte wurden mit VP-SP-FP-Mehrheit angenommen.

Abgeordnete Michaela H i n t e r h o l z e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **NÖ Abgabenbehördenorganisationsgesetz 2009 (ABOG 2009)** und zu einem Antrag mit Gesetzentwürfen gem. § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Hinterholzer, Ing. Gratzner u. a. betreffend **Änderung der NÖ Gemeindeordnung 1973, des NÖ Stadtrechtsorganisationsgesetzes, des NÖ Amtshaftungsausgleichsfondsgesetzes, des Gesetzes über den Gemeindewasserleitungsverband der Triestingtal- und Südbahngemeinden, des NÖ Gebrauchsabgabengesetzes 1973, des NÖ Hundeabgabengesetzes 1979, des NÖ Lustbarkeitsabgabengesetzes, des NÖ Landes- und Gemeindeverwaltungsabgabengesetzes, des NÖ Gemeindewasserleitungsgesetzes 1978, des NÖ Lebensmittelkontrollgebührengesetzes, des NÖ Tourismusgesetzes 1991, der NÖ Bauordnung 1996, des NÖ Kanalgesetzes 1977, des NÖ Abfallwirtschaftsgesetzes 1992 und des NÖ Wohnungsförderungsgesetzes 2005.**

Abgeordneter Konrad A n t o n i (SP) sprach im Zusammenhang mit dem Abgabenbehördenorganisationsgesetz von einer Harmonisierung und einem wesentlichen Beitrag zur Verwaltungsvereinfachung. Seine Fraktion werde die Zustimmung geben.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) sprach ebenso von einer Vereinfachung und einer klaren Rechtsgrundlage; auch ihre Fraktion werde zustimmen.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) meinte, dass diese Gesetzesänderung einer Forderung der FP entspreche und es sich um eine Harmonisierung handle, der seine Fraktion zustimmen werde. Im Zusammenhang mit § 96 forderte er eine getrennte Abstimmung.

Abgeordneter Josef J a h r m a n n (SP) teilte ebenso mit, dass seine Fraktion zustimmen werde. Er ging jedoch auf den „Dauerbrenner“ Kanalgesetz ein, der stets zu heißen Diskussionen führe. Gemeinsam mit Abgeordnetem Sulzberger brachte er einen **Resolutionsantrag** betreffend Einsetzung einer externen Expertenkommission zur Novellierung des NÖ Kanalgesetzes ein.

Abgeordneter Josef E d l i n g e r (VP) sprach ebenso von einer Vereinfachung und Harmonisierung und betonte, dem Jahrman-Resolutionsantrag zustimmen zu wollen.

Das NÖ Abgabenbehördenorganisationsgesetz wurde mit den Stimmen von VP, SP und Grünen angenommen. Die Abstimmung über den weiteren Antrag erfolgte getrennt, wobei Punkt 1 und 2 mit den Stimmen von VP, SP und FP angenommen wurden, Punkt 3 mit den Stimmen von VP, SP und Grünen angenommen wurde. Der Resolutionsantrag Jahrman, Sulzberger (Kanalgesetz) wurde abgelehnt.

Die nächsten Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung (Abgeordneter Hermann F i n d e i s , SP) und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Bericht des Rechnungshofes über klimarelevante Maßnahmen bei der Wohnbausanierung auf Ebene der Länder (Reihe Niederösterreich 2009/3).**
- **Bericht des Rechnungshofes über Haushaltsstruktur der Länder (ohne Wien); Landeskrankenhaus St. Pölten-Lilienfeld, Follow-up-Überprüfung (Reihe Niederösterreich 2009/4).**
- **Bericht des Rechnungshofes über Reformen der Beamtenpensionssysteme des Bundes und der Länder (Reihe Niederösterreich 2009/5).**
- **Bericht des Rechnungshof-Ausschusses Nr. 5 der XVII. Gesetzgebungsperiode.**

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) ging auf klimarelevante Maßnahmen, Wohnservice und die Umweltanstalt GmbH ein. Hinsichtlich des ersten Themas wies sie darauf hin, dass Niederösterreich punkto Erlangung des Kyoto-Ziels im Mittelfeld liege und „keine wirkliche Trendwende“ einleiten werde. Das Land sei angehalten, hier

mehr zu tun. Sie sei sehr froh, dass der Rechnungshof Empfehlungen gebe und Kritik zu Tage bringe. Abschließend sprach sie sich dafür aus, „mit dem Proporz in Niederösterreich aufzuhören“ und trat für mehr Kontrolle durch den Landtag ein.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) sprach zum Bericht des Rechnungshofes über klimarelevante Maßnahmen bei der Wohnbausanierung auf Ebene der Länder. Man sei gefordert, Maßnahmen zu setzen und den Empfehlungen Rechnung zu tragen. Der Rechnungshof kritisiere außerdem die mangelnde Umsetzung des Energievorlagegesetzes des Bundes auf Länderebene.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) hielt zu demselben Rechnungshofbericht fest, dass Förderungen Anreize geben könnten, die Maßnahmen aber auch durch die Eigentümer finanziert werden müssten. Positiv merkte er an, dass in Niederösterreich eine Emissionsreduktion von 105 Tonnen durch Wohnbauförderungsmaßnahmen erreicht worden sei.

Abgeordneter Ing. Manfred S c h u l z (VP) nahm Stellung zum Rechnungshofbericht über den Brückenbau. Es würden dabei Planungsaufträge von Februar 2006 bis Oktober 2008 erfasst, analysiert und beurteilt. Derzeit gebe es eine Aufgabentrennung zwischen Großbrücken und Kleinbrücken. Diese solle aufgehoben werden. Zum Bericht über die NÖ Wohnservice GmbH hielt er fest, dass diese wesentlich dazu beitrage, dass sich jede Niederösterreicherin und jeder Niederösterreicher ein leistbares Zuhause für seine Familie schaffen könne. Zum Bericht über die Landwirtschaftliche Fachschule Mistelbach informierte er über die Bau- und Sanierungsmaßnahmen in den Jahren 2005 bis 2008 und bezeichnete die Kooperation der Fachschule mit den Direktvermarktern als äußerst positiv.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) sprach zur Rechnungshofprüfung des Landeskrankenhauses St. Pölten – Lilienfeld und meinte, dass die dort kritisierte hohe Überstundenbelastung das Risiko einer Fehldiagnose erhöhe. Weiters habe der Landesrech-

nungshof im Zusammenhang mit der Planung von Großbrücken kritisiert, dass es kein Projektmanagement und kein internes Kontrollsystem gebe.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) blickte auf die Gründung der Wohnservice GmbH im Jahr 2007 zurück. Diese habe vor allem die Bereitstellung von Informationen zur Aufgabe. Das Vorschlagsrecht für leerstehende Wohnungen sei nicht notwendig. Er brachte einen **Resolutionsantrag** betreffend Inseratschaltung in parteinahen Publikationen ein.

Abgeordneter Karl S c h w a b (FP) meinte, er könne der Fachschule Mistelbach und den dortigen Fachlehrern ein gutes Zeugnis ausstellen. Verbessert werden könnten die EDV-Einrichtungen. Er kritisierte die „geringe Auslastung des Schülerheimes“ in der Landwirtschaftlichen Fachschule in Mistelbach. Um die Situation zu verbessern und die Anzahl der Schüler in der Landwirtschaftlichen Fachschule in Mistelbach zu erhöhen, sei es notwendig, die Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft zu verbessern.

Abgeordnete Mag. Karin R e n n e r (SP) gratulierte der Landwirtschaftlichen Fachschule in Mistelbach zum 110-jährigen Jubiläum.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) stellte fest, dass der NÖ Landesrechnungshof beim NÖ Wohnservice auf Unregelmäßigkeiten gestoßen sei. Die Gründung des Vereins NÖ Wohnservice und die Auslagerung aus dem Amt der NÖ Landesregierung führe zu weniger Kontrolle durch den Landtag.

Abgeordneter Ing. Franz G r a t z e r (SP) sagte, die Sanierung der Bausubstanz im Reichenauerhof in Waidhofen an der Ybbs sei schon sehr weit fortgeschritten. Die dort untergebrachten Kinder und Jugendlichen würden beste pädagogische Betreuung erhalten.

Abgeordneter Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) stellte fest, im Jahr 2002 im Aufsichtsrat der NÖ Umweltschutzanstalt (NUA) gewesen zu sein. Dabei sei die NUA strategisch neu ausgerichtet worden und die Sparten NUA Abfall und NUA Analytik verkauft

worden. Die NUA Nachsorge zur Deponieversorgung in Niederösterreich sei beim Land geblieben. Um die finanzielle Ausstattung der NUA Nachsorge zu gewährleisten, habe man 18 Millionen Euro am Finanzmarkt veranlagt. Die von der FIBEG veranschlagten 5,3 Prozent Rendite seien aber nie erreicht worden. Wie auch im Rechnungshofbericht dargestellt, sei die negative Entwicklung an den Finanzmärkten damals nicht vorhersehbar gewesen. In Zukunft dürfe es keine riskanten Veranlagungen mit öffentlichen Geldern geben. Das Land Niederösterreich könne nicht wie ein privater Investor agieren.

Klubobmann Gottfried **W a l d h ä u s l** (FP) betonte, dass er als Aufsichtsrat der NUA immer den Verkauf der Sparte Abfallwirtschaft kritisiert habe. Man dürfe nicht die gewinnbringende Sparte von NUA verkaufen und die kostenintensive Nachsorge beim Land behalten.

Abgeordneter Otto **K e r n s t o c k** (SP) erklärte, laut Bundesrechnungshofbericht gebe die Vermögens- und Finanzrechnung des Landes Niederösterreich keinen Überblick über das Vermögen des Landes. Daher sei eine Weiterentwicklung des Rechnungswesens beim Land Niederösterreich wichtig, auch bei den Pflegeheimen und den Landeskliniken. Auch habe sich die Pro-Kopf-Verschuldung im Land Niederösterreich in den letzten Jahren massiv erhöht. Die Vorschläge des Bundesrechnungshofes betreffend das Landeskrankenhaus St. Pölten seien nicht umgesetzt worden. Nach wie vor hätten einige Abteilungen keine Zeiterfassung für die Bediensteten.

Abgeordneter Mag. Kurt **H a c k l** (VP) betonte, dass im Landtag vor wenigen Monaten das Veranlagungsmodell für öffentliche Gelder neu beschlossen wurde. Zudem habe es bei den NUA-Veranlagungen keine realisierten Kursverluste gegeben. Von einem neuen Spekulationsdesaster hinsichtlich der NUA zu sprechen, sei beschämend. Die SP stelle fortwährend Partei- vor Landesinteressen. Die FP sitze im selben „Wendehals-Boot“ wie die SP. Im Wohnbau erfülle Niederösterreich das Kyoto-Ziel, darauf könne man stolz

sein. Im Klimaschutz sei das Land auf dem richtigen Weg, wenn dieser auch beschwerlich sei.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) meinte zum Resolutionsantrag Inse-ratenschaltung, offensichtlich traue die SP ihren eigenen Regierungsmitgliedern nicht. Ihre Fraktion werde dem Resolutionsantrag nicht zustimmen.

Bei der folgenden Abstimmung wurden sämtliche Berichte einstimmig zur Kenntnis ge-nommen, der Resolutionsantrag blieb in der Minderheit.

Abgeordneter Karl M o s e r (VP) referierte zum Bericht der Landesregierung betref-fend **NÖ Wirtschafts- und Tourismusfonds, Niederösterreich-Werbung GmbH, Jah-resbericht 2008**.

Abgeordnete Michaela H i n t e r h o l z e r (VP) eröffnete die Debatte: Der Bericht sei vorbildlich. Niederösterreich habe sich auch 2008 besser geschlagen als seine Nachbar-länder. Die Wirtschaft im Land sei breit aufgestellt, jetzt dürfte die Talsohle durchschritten sein. Die Konjunkturpakete des Landes hätten sehr rasch gegriffen. Der Technologie-markt, Forschung und Entwicklung seien absolute Hoffnungsträger. Bei den Gründerzah-len liege man mit 5.000 im Jahr 2008 an zweiter Stelle der Bundesländer.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) meinte, die Finanzwirtschaft mache in der Realwirtschaft wieder Probleme. Es seien die falschen Maßnahmen getroffen wor-den. Die Chance wäre gegeben gewesen, die Realwirtschaft zu stabilisieren und eine Wende in Richtung Nachhaltigkeit zu erwirken. Niederösterreich könne hinsichtlich er-neuerbarer Energien mit seinen Gewerbeparks eine Vorreiterrolle übernehmen.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) meinte, Parteipolitik sei in der Wirtschafts-politik strikt abzulehnen. Die NÖ Konjunkturpakete hätten zwar wirtschaftliche Impulse für Banken und Leitbetriebe gebracht, in Zeiten der Wirtschaftskrise müsse aber gerade den kleinen und mittleren Unternehmen geholfen werden.

Abgeordneter Ing. Franz G r a t z e r (SP) ging auf den Wirtschaftsbericht für 2008 ein und brachte sein Unverständnis für die Schließung der Ybbstalbahn zum Ausdruck. Stattdessen sollte diese Bahn touristisch aufgewertet werden. Landesrat Heuras forderte er zu einem Umdenken.

Abgeordneter Ing. Johann H o f b a u e r (VP) meinte, dass das Land Niederösterreich auch im Tourismus auf einer Überholspur sei und der Tourismus einen stabilen Faktor darstelle. Er betonte, dass zahlreiche Gäste in der jüngeren Vergangenheit aus Ländern wie Polen, der Slowakei oder auch Tschechien stammen. Es sei ein Plus von 77.000 Nächtigungen zu verzeichnen. Ziel der NÖ Werbung sei es, die Menschen zum Wiederkommen zu bewegen; die Landesausstellung 2009 etwa habe dazu geführt, dass viele Gäste ein Wiederkommen in Betracht ziehen. Der Erfolg liege in den Regionen sowie in innovativen Unternehmen und gut ausgebildetem Personal begründet.

Der Bericht wurde mit den Stimmen von VP, SP und Grünen zur Kenntnis genommen.

Abgeordneter Karl B a d e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Landespflegeheim Gutenstein, Zu- und Umbau.**

Der Antrag wurde ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Abgeordneter Anton K a s s e r (VP) berichtete zu einem betreffend **Änderung der NÖ Land- und forstwirtschaftlichen Berufsausbildungsordnung 1991 (LFBAO 1991).**

Der Antrag wurde ohne Debatte einstimmig angenommen.

Abgeordneter Otto K e r n s t o c k (SP) berichtete zum Antrag der Abgeordneten Cerwenka u. a. betreffend **Wiedereinführung NÖ Schulstarthilfe.** Der Ausschuss-Antrag lautet auf Ablehnung.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) hielt fest, dass die Grünen dem auf Ablehnung lautenden Antrag nicht zustimmen würden, da die Schulstarthilfe eine „punktgenaue Förderung“ sei.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) schloss sich seinem Vorredner inhaltlich an.

Klubobmann Helmut C e r w e n k a (SP) betonte, dass die Familienbeihilfe und die Schulstarthilfe „zwei verschiedene Dinge“ seien. Auch er sprach hinsichtlich der Schulstarthilfe von einer punktgenauen Förderung, die auch konjunkturpolitisch von Bedeutung sei. Es gebe bereits etliche Gemeinden in Niederösterreich, die diese Schulstarthilfe aus ihren Kassen ausbezahlten. Er bat, die Thematik zu überdenken.

Abgeordneter Mag. Karl W i l f i n g (VP) sprach von einer logischen und rationalen Vorgangsweise und davon, dass das Geld künftig für die Nachmittagsbetreuung verwendet werde.

Der Antrag der SP fand keine Zustimmung.

Abgeordneter Franz G a r t n e r (SP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Cerwenka, Waldhäusl u. a. betreffend **Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß § 47 LGO zur Klärung der politischen Verantwortlichkeit rund um die Vorkommnisse der Flughafen Wien Aktiengesellschaft bei der Errichtung des „Sky-link“**.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) verwies darauf, dass die Grünen bereits gemeint hätten, es wäre ein Sonderlandtag angebracht. SP und FP habe das nicht interessiert. In der Zwischenzeit habe der Rechnungshof begonnen zu prüfen. Sie glaube auch, dass es eine politische Untersuchung brauche, allerdings solle man sich jetzt zunächst den Bericht des Rechnungshofes ansehen.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sagte, er wisse, dass „Vieles im Argen“ stecke, und es gebe daher „politisch sehr viel aufzuklären“. Es stehe fest, dass politische Entscheidungen zu hinterfragen seien. Er wolle Aufklärung, betonte er.

Klubobmann Helmut C e r w e n k a (SP) sagte, der Flughafen Schwechat sei ein regionaler und nationaler Leitbetrieb. Aber in diesem Antrag gehe es auch um eine betriebswirtschaftliche Komponente. Daher werde nun ein Untersuchungsausschuss beantragt. Der Baustopp würde einiges an Folgekosten verursachen.

Abgeordneter Mag. Lukas M a n d l (VP) betonte, Niederösterreich habe rechtzeitig gehandelt und auch die Rechnungshofprüfung durchgesetzt. Die SP setze ihren Konflikt- und Streitkurs fort.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Es folgte eine **Debatte über die Beantwortung der Anfrage** des Abgeordneten Waldhäusl an Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend **Broschüre NÖ gestalten**.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) erklärte, es handle sich um eine Anfrage, bei der es darum gehe, welche Nationalität ein mit einem Auftrag betrautes Unternehmen hat. An sich halte sie das für „ein Beispiel einer guten europäischen Partnerschaft“. Allerdings appellierte sie, die gängige Beantwortungspraxis bei Anfragebeantwortungen zu verändern.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) meinte, man müsse diskutieren, wie Anfragebeantwortungen ein Mehr an Antworten bringen könnten. Er stellte den Antrag, diese Beantwortung nicht zur Kenntnis zu nehmen.

Abgeordneter Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) betonte, dass er glaube, dass das Vergabeverfahren ordnungsgemäß durchgeführt wurde und das Ergebnis zur Kenntnis zu nehmen ist. Weiters meinte er, es sei wichtig, Wege zu finden, wie Anfragebeantwortungen in Zukunft ausgeführt werden sollten.

Abgeordneter Karl M o s e r (VP) bezeichnete die Argumentationslinie der Freiheitlichen als „ungeheuerlich“. Die VP hingegen habe sich dafür eingesetzt, dass durch bessere Bedingungen bei den Schwellenwerten die Wirtschaft gestärkt wird und Arbeitsplätze gesichert werden.

Der Antrag des Abgeordneten Waldhäusl wurde abgelehnt.

Schluss der Sitzung!